Nr. 19. Sonntag, den 24. Januar 1904. 3. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Vierteljährl. 1 Mk. 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Bei sämmtlichen deutschen Postanstalt. u. Zeitungspreisl. Einzelnummer 10 Pf. Redaktions-Sprechstunde: 11—1 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. Fernsprecher: Amt I Nr. 1366.

Die Kaufmannsgerichte.

Die Debatte über die Kaufmannsgerichte hat sehr viele Meinungsverschiedenheiten über dieses neue Standesgericht auftauchen lassen; fast jede Fraktion hat andere Wünsche. Am buntesten ist aber die Mischung innerhalb der Nationalliberalen. In den letzten Jahren gaben doch diese sich unter der Führung Bassermanns den Anschein, als seien sie die zuverlässigste Avantgarde für die kaufmännischen Schiedsgerichte. Kaum ist Bassermann ausgeschieden, so zeigen sich seine politischen Freunde im Reichstage als die schärfsten Gegner der gesamten Idee. Denn was der Abg. Semmler, der mehr als die Hälfte seiner Parteifreunde hinter sich hat, an Bedenken vortrug, das sind solche prinzipieller Art, so daß allgemeine Verwunderung darüber entstand, weshalb diese nicht schon von Anfang an laut geworden sind. Der großkapitalistische Zug zeigt sich wieder deutlicher im nationalliberalen Angesicht. Semmler war schon unter Bassermanns Führung im Parlament; aber da hat er geschwiegen. Was man sonst als Ergebnis der Debatten zusammenstellen darf, ist für das Zentrum sehr angenehm; die Erweiterungen und Aenderungen, welche der Abg. Trimborn in so geschickter und treffender Weise vorgetragen hat, gaben den Angelpunkt der ganzen Bewegung ab; es wurde auch fast kein einziger neuer fruchtbringender Gedanke in die Debatte geworfen, den nicht schon Trimborn besprochen hätte. Seinem Wunsche auf obligatorische Errichtung der Kaufmannsgerichte in allen Städten mit über 20 000 Einwohnern schlossen sich die meisten Redner an; nur in bekannter Uebertrumpfungspolitik ging Singer vom ersten Tage zur Forderung der obligatorischen Einrichtung über. Aber schon vom zweiten Tag begnügte sich der sozialdemokratische Redner Lipinsky mit dem Anschluß an den Wunsch der Zentrumsfraktion. Die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts auf 21 und 25 Jahre wurde, den Trimbornschen Spuren folgend, von der Mehrzahl gutgeheißen. Wir bedauern es, daß Graf Posadowsky vom Anfang sich hier so schroff ablehnend verhalten hat; gerade auf diesem Gebiete liegen die Verhältnisse derart, daß ein Wahlrecht der Frauen geboten erscheint. Das „Unannehmbar" der Regierung scheint allerdings ein absolutes und festes zu sein; der Entwurf darf aber an dieser Klippe nicht scheitern, da die Gegenströmungen im Schoße der verbündeten Regierungen nicht zu unterschätzen sind und durch die Reichstagsverhandlungen neue Nahrung gewonnen haben. Der Anschluß an die Gewerbegerichte dürfte die Mehrheit erhalten, was uns sehr angenehm ist.

Die Agitation unserer Handlungsgehilfenverbände nützt jetzt gar nichts; sie kann aber sehr schaden. Wenn sie jetzt in der Oeffentlichkeit so radikal auftreten, daß sie den ganzen Entwurf „prinzipiell" verwerfen, so schneiden sie sich ins eigene Fleisch und zwar tief. Dann wachsen die Bedenken jener, die da sagen: Es sind nur die radikalen Elemente, die durch die Kaufmannsgerichte eine Stärkung ersehen, auch diese Einrichtung nützt allein den Sozialdemokraten. Erfährt dann dieser Entwurf in der Kommission eine Verschärfung in dieser Richtung, dann lehnt der Bundesrat das Ganze ab. Wir möchten deshalb vor allem den katholisch-kaufmännischen Vereinen dringend raten, sich doch ja nicht in eine solche aussichtlose Agitation hineinreißen zu lassen; sie haben aus der ersten Lesung ersehen, daß das Zentrum ihre Wünsche vertritt und das darf ihnen genügen.

Reichstag.

e. **Berlin.** 17. Sitzung am 22. Januar 1904.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein. Die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Will wird zuerst behandelt.

Berichterstatter Deppe: In den Wahlakten fehlt die Abgrenzung der Wahlbezirke; deshalb fordert die Kommission die Beilieferung dieser Akten.

Dr. Spahn (Zentr.) Der Reichstag solle sich heute über die Gültigkeit der Wahl aussprechen; Redner beantragt, diese heute auszusprechen. Der Antrag Spahn auf Gültigkeitserklärung der Wahl gelangt nicht zur Abstimmung; nachdem eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit des Antrages stattgefunden und in dieser der Abgeordnete Singer den Antrag auf Zurückweisung an die Kommission beantragt hatte, was angenommen wurde.

Es folgt die erste Lesung des Servistarifgesetzentwurfes.

Fritzen (Zentr.) Der Entwurf widerspricht einem wiederholt geäußerten Wunsche des Reichstags. Viele Orte sind in höhere Klassen eingereiht worden. Der Servistarif soll nicht auf 10 Jahre, sondern nur auf 3—4 Jahre, damit die neue Volkszählung von 1905 noch berücksichtigt werden kann, eingeführt werden. Eine eingehende Diskussion ist in erster Lesung nicht geboten; er stellt den Antrag auf Verweisung an die Budgetkommission.

Höffel (Reichsp.) Der Entwurf biete eine wesentliche Besserung, er ist mit der Kommissionsberatung einverstanden.

Eickhoff (Fr. Volksp.) schließt sich Fritzen an, findet aber den Tarif nicht für genügend.

v. Gersdorff (kons.) Es sollen mehr Orte in die Klasse A aufrücken.

Dr. Bärwinkel (nat.-lib.) Die Einzelwünsche müssen in der Kommission vorgetragen werden. Nach Bemerkungen von Burckhard und Schrader bemerkt Staatssekretär Graf Posadowski, daß die Regierung keinen anderen Weg zur Lösung gefunden habe, als den vorgeschlagenen.

Der Entwurf wird an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über Verlängerung der Friedenspräsenzstärke auf 1 Jahr.

v. Elern (kons.) bedauert, daß nicht sofort eine längere Periode als ein Jahr vorgeschlagen wurde.

Bebel (SozD.) wundert sich über die knappe Begründung der Vorlage. Der Reichstag hatte Zeit gehabt, eine neue Vorlage zu verabschieden. Die wirklichen Gründe muß man dem Reichstage sofort nennen.

Fritzen (Zentr.) hält die einjährige Festsetzung der Präsenzstärke für begehrenswert, die Militärbehörde kann nicht auf die Zustimmung des Zentrums rechnen, wenn die neue Militärvorlage erhebliche Verstärkung bringt. (Hört!)

Dr. Sattler (nat.-lib.), Schrader (Fr. Vgg.), Kardorff (Reichsp.) sind mit der Vorlage einverstanden.

Kriegsminister v. Einem: Bei der Budgetkommission werde er Gelegenheit haben, das mitzuteilen, was die nächste Militärvorlage enthalten werde.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr: Etat des Reichsamt des Innern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

— **Das Reichspostamt** ordnete mit Wirkung vom 1. Februar die allgemeine Einführung des Nachtdienstes im Fernsprechverkehr des Reichstelegraphengebietes untereinander und mit Bayern, Württemberg und Oesterreich an.

— **Die Militärvorlage** ist erschienen; sie enthält nur einen einzigen Paragraphen, der die jetzige Friedenspräsenzstärke des Heeres bis 31. März 1905 verlängern will. Die Begründung enthält nur folgende kurze Notiz: „Die verbündeten Regierungen halten es für angezeigt, das am 31. März 1904 ablaufende Friedenspräsenzgesetz vom 25. März 1899 um 1 Jahr — bis zum 31. März 1905 — zu verlängern, da die gesetzgebenden Körperschaften in der laufenden Session bereits über eine Reihe wichtiger und umfangreicher Vorlagen zu beschließen haben werden." Aus diesem Wortlaut kann man die Absicht der verbündeten Regierungen entnehmen, daß die Session nach Ostern geschlossen werden soll, wodurch sämtliche Initiativanträge fallen. Dann scheint uns auch hier die Sprache dazu zu dienen, um die Gedanken zu verbergen. Das Servisklassengesetz und Militärpensionsgesetz sollen zuerst unter Dach gebracht werden, ehe der große Schrecken mit der Militärvorlage kommt. Kriegsminister v. Einem hat noch viele Sympathie im Hause, möge er diese nicht verscherzen durch Vorlagen, die dem deutschen Volke zu große Lasten aufbürden.

— **Bei dem Ordensfeste zu Oldenburg** haben sämtliche Minister einen Orden erhalten, auch der Justizminister Ruhstrat. Das zeigt, daß er trotz des Biermann-Prozesses nicht in Ungnade gefallen ist. Das Ehren-Komthurkreuz des Großherzoglichen Haus- und Verdienstordens wurde dem „Geheimen Oberkirchenrat" Grobmeyer verliehen. Derselbe ist Bischöflich Münsterscher Offizial und Präsident des katholischen Oberschulkollegiums und die oberste Schulbehörde für alle katholischen Schulen des Landes.

— Eine **verständige Anordnung** traf der Regierungspräsident der Provinz Brandenburg. Er erließ eine Verfügung, in der es heißt, daß von den Behörden bei Vergebung von Leistungen und Lieferungen an Handwerker nach Möglichkeit auf solche Rücksicht genommen wird, welche den Meistertitel erworben haben. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen dürfen den Meistertitel nur solche Handwerker führen, die in ihrem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben und die Meisterprüfung vor der dazu eingesetzten Prüfungs-Kommission bestanden haben. Wenn seitens der Behörden und des Publikums Letzteren der Vorzug gegeben wird, so werden die jüngeren Handwerker mehr wie bisher den Meistertitel zu erlangen suchen. Dadurch wird aber auch das Publikum mehr in den Stand gesetzt, zwischen wirklichen Handwerkern und Pfuschern unterscheiden zu können.

— **Minister Maybach †.** Im 82. Lebensjahre starb am 21. d. Mts. in Berlin der ehemalige preußische Eisenbahnminister Albert von Maybach. Er war in der kleinen Stadt Berne (Westphalen) am 29. November 1822 geboren. Sein Hauptverdienst war die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen. Seit Juli 1879 war Maybach auch Chef des Reichsamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, außerdem Mitglied des Bundesrates und des preußischen Staatsrates. Das Jahr 1888 brachte ihm den Schwarzen Adlerorden und damit den Adelstand. Sein Rücktritt erfolgte auf eigenen Wunsch am 22. Juni 1891. Er war ein treuer Gehilfe des Fürsten Bismarck, dem er sich unterordnete und der sich in allen sein Ressort betreffenden Fragen auf ihn verlassen konnte. Von Maybach stammt das geflügelte Wort vom „Giftbaum der Börse". In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 12. November 1879 sagte er: „Ich glaube, daß die Börse hier als ein Giftbaum wirkt". Der zutreffende Ausdruck erlangte rasch Popularität und hat sich bis heute erhalten.

— **Der Führer des bayerischen Zentrums,** Präsident Dr. v. Daller, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Er

„Wartburg"-Phrasen über „freie" Wissenschaft im Protestantismus.

In des Lebens Misère muß man es immer dankbarst begrüßen, wenn manche Leute für des Lebens Erheiterung sorgen. Alle Anerkennung in dieser Hinsicht verdient die „Wartburg", welche zum würdigen Abschluß des Jahres 1903 (Nr. 52 vom 25. Dezbr. 1903) mit folgendem Spruch ihre Leser erfreut:

„Wahrheit kann nur bestehen und alles Suchen nach Wahrheit kann nur zum Ziele kommen in der frischen und starken Luft der Freiheit. So lange der Mensch unter dem Drucke einer äußeren Autorität steht, beengt durch Menschenansehen, beklommen durch noch so ehrwürdige Satzungen der Kirche, so lange vermag er nicht frei zu atmen und sein Geist kann nicht die Schwingen regen, die ihn zur Sonne der Wahrheit emportragen; auch Wahrheit, ihm von außen aufgedrungen, erkennt er doch nicht als Wahrheit, weil sie nicht sein freies Eigentum geworden. So findet der Christ die Wahrheit nur auf den freien Bergeshöhen des Protestantismus, wo keine Kirchensatzung ihn zwingt und kein Weihrauchqualm ihm die Brust beengt."

Die „Wartburg" die Woche für Woche bemüht ist, in der Verzerrung katholischer Lehren wie in der Wiederholung der abgelagertsten Geschichtslügen das Menschenmöglichste zu leisten, als Lobrednerin des Strebens nach Wahrheit, fürwahr ein Götteranblick, der auch den ärgsten und lederndsten Hypochonder zum Lachen bringt!

Auf frühere Leistungen dieses edlen Organs im Dienste der „Wahrheit" wollen wir nicht zurückgreifen, sondern uns damit begnügen, festzustellen, daß dieser Drang nach „Wahrheit" noch nicht einmal bis zur letzten Seite desselben Heftes gereicht hat, in welchem oben angeführter Phrasenerguß sich befindet.

Dort wird nämlich ein Sudelwerk des Herrn Oskar Panizza den Los von Rom-Hetzern zum eingehenden Studium empfohlen. Es ist nicht einmal ein neues Opus, das hier angepriesen wird, sondern liegt schon 10 Jahre zurück. Der Verfasser, ein kleiner Gernegroß, der um jeden Preis einen Platz in dem deutschen Dichterhimmel haben wollte, aber noch von keinem Literaturhistoriker dessen würdig erachtet werden konnte, hat ja in der Zwischenzeit recht unangenehme Zusammenstöße mit den deutschen Behörden gehabt und seinerzeit deshalb verzogen, einen längeren „Erholungs"-Aufenthalt im Ausland zu nehmen. Seinen Schildträger und Büchsenspanner, M. G. Conrad-München, hat jüngst Adolf Bartels in seinem Schriftchen „Kritiker und Kritikaster" etwas beleuchtet.

Diese Andeutungen mögen genügen, um zu zeigen, mit welcher Gesellschaft Arm in Arm die „Wartburg"-Leute das Jahrhundert in die Schranke fordern wollen! Ja, ja: es bestätigt sich mal wieder das Wort der Schrift: „Sage mir, mit wem du gehst, und ich will dir sagen, wer du bist."

Diese Verhimmelung protestantischer Wahrheitsforschung bietet uns Gelegenheit, einmal ein Wort zu sagen über die Aufnahme des Denifle'schen Lutherbuches vonseiten der protestantischen Kritik. Vom ernsten Drang nach Wahrheit, welcher in der protestantischen Wissenschaft Fleisch angenommen haben soll, keine Spur; ja es scheint, als ob durch absichtliches und starkes Hervorkehren des Nebensächlichen die Aufmerksamkeit von dem Hauptinhalt des Buches abgelenkt werden sollte.

Das Hauptgewicht des Buches liegt aber in dem vernichtenden Strafgericht, welches Denifle auf die hochgepriesenen Leuchten protestantischer Wissenschaft niederhageln läßt durch den Nachweis, daß ihre ganze Kenntnis katholischer Lehren, insbesondere der katholischen Theologie des Mittelalters, nichts weiter ist als eine Wiederholung der von Luther selbst vorgenommenen Mißdeutungen derselben, um uns gelinde auszudrücken.

Davon aber redet Seeberg nichts, welcher gefälschte Zitate Luthers harmlos abtun will, weil sich eben „in Luthers Gedächtnis das Zitat verschoben" habe; davon redet Harnack nichts in seiner vom Zorn diktierten Besprechung des Buches (in Theol. Literaturzeitung 1903 Nr. 25).

Der Zorn ist begreiflich, wenn ein Professor der christlichen Theologie als Gegner des Christentums charakterisiert wird und sich sagen lassen muß, daß er, so Ersprießliches er auf dem Gebiete der altchristlichen Literatur geleistet habe, so wenig vom Mittelalter und seiner Theologie verstehe. Aber der Zorn ist ein schlechter Berater und läßt Harnack die schauerliche Mär erzählen, nach Denifle sei „unser (der Protestanten) bloßes Dasein eine Herausforderung der katholischen Kirche". Warum hat Harnack das von ihm gebrachte Zitat (S. XV) nicht ganz gebracht, so daß jedem Leser klar ist, daß Denifle das, was Harnack ihm in den Mund legt, gar nicht sagt, vielmehr an der angeführten Stelle sich darüber beschwert und mit Recht, daß die Vorurteile gegen die katholische Kirche im protestantischen Konfirmationsunterrichte schon dem Kinde eingeimpft werden? Freilich mit der Schauermär, mit der man gruseln machen will, wäre es dann vorbei gewesen.

Ein anderer Rezensent (Johannes Bauer: Christl. Welt Nr. 50) bespricht Denifles Auslassungen über die Physiognomie der Lutherporträts, die Denifle selbst nur als Beilage bringt, ihnen also selbst nur untergeordnete Bedeutung beimißt.

Indes haben wir keinen Anlaß, Denifle zu verteidigen, er ist sich selbst Mannes genug, und die katholische Kritik hat ja die Einseitigkeit der Darstellung von Luthers Person bereits betont; uns kommt es vorab darauf an, zu zeigen, daß der Schwerpunkt des Buches ganz anderswo liegt, als die protestantische Kritik ihre Leser glauben machen will.

So ist auch diese Kritik ein sehr lehrreicher Kommentar über das Wahrheitsuchen der protestantischen Wissenschaft.

Da wir eben bei Denifle sind, so wollen wir noch anführen eine grundsätzliche Aeußerung der großen Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche über

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19040124/1